

Ich werde in einem andern Artikel über die Haltung der ehemaligen Widerständler unter diesen Umständen schreiben und wie sie mit Moskau, wenn möglich, mit allen revolutionären sozialistischen Parteien ein brüderliches und loyales Einverständnis suchen wollen, um Kraft und Leben der Internationale, der 3. Internationale, wiederzugeben.

Militärische Rüstungen am Rhein

Ein Heer von 150 000 Soldaten

Ein rheinischer Abgeordneter macht im „Vorwärts“ recht interessante Angaben über die militärischen Rüstungen der Entente im Rheinlande, die die aufmerksamste Beachtung des In- und Auslandes verdienen. Nach diesen Angaben steht am Rhein ein Heer von 140 000 bis 150 000 Soldaten, und außerdem werden von den Militär der Entente Vorbereitungen getroffen, die den Eindrud erwecken, daß man im Rheinland den Aufmarsch gewaltiger Truppenmassen weit über die jetzige Stärke hinaus vorbereitet. So wird bei Trier ein riesiges Gelände für eine Feldbäderet in Anspruch genommen, die täglich 400 000 Mann mit Brot versorgen kann. Es werden ferner neue Flugplätze eingerichtet, neue Exerzierplätze, neue Truppenübungsplätze, neue Truppenlager angeordnet, neue Kasernen gebaut usw. Bemerkenswert ist auch, daß bei Kaiserslautern die Anlage eines Munitionslagers geplant ist, das nicht weniger als 600 Hektar umfassen soll. Ergänzt werden diese Rüstungen durch eine anderwärts geplante große Tankanlage und durch Brückenbauarbeiten an Stellen, die für einen Rheinübergang großer Truppenmassen von jeher in Betracht gekommen sind.

Wenn diese Angaben zutreffen, — und es wird Sache des „Vorwärts“ sein, sie in allen Einzelheiten zu belegen, — so erbringen sie den schlüssigen Beweis, daß die militärischen Kreise der Entente, vor allem Frankreichs und Belgiens, nach immer an der Auffassung festhalten, Deutschland sei nur mit starken militärischen Mitteln in Schach zu halten. Angesichts der blutigen und verbrecherischen Redenagitation der deutschnationalen Kreise kann man diese Haltung des Ententemilitarismus zum Teil verstehen. Aber es ist nicht allein die Angst vor dem neudeutschen Militarismus und dem Aufkommen des deutschen Chauvinismus, sondern auch die Furcht vor der deutschen Arbeiterklasse, die die herrschenden Klassen in den Ententeländern zu ihren Rüstungen gegen Deutschland veranlassen. Diese Klassen glauben, sich nur durch Aufrichtung eines eisernen Walles am Rhein vor dem deutschen Nationalismus und Sozialismus schützen zu können.

Diese Ansicht ist ebenso falsch wie in ihren Wirkungen verhängnisvoll. Die militärischen Rüstungen am Rhein schwächen nicht die Stellung der deutschnationalen Kriegshetze und Chauvinisten, sie liefern ihnen vielmehr billiges Agitationsmaterial gegen die Entente und nähren die nationalstimmige Stimmung breiter Volksschichten, die immer offener den Charakter eines tiefen Hasses gegen Frankreich annimmt. Nach wie vor erweist es sich, daß die Militaristen des einen Landes den Militaristen des anderen Landes in die Hände arbeiten. Wie sie gemeinsam den Weltkrieg vorbereitet haben, so arbeiten sie jetzt überall darauf hin, daß der nordwärts gerichtete Friede durch neue Kriege abgelöst werden soll.

Auch gegenüber der Arbeiterklasse muß die Taktik des Ententemilitarismus das Gegenteil von dem erzeugen, was seine Entente beabsichtigt. Niemand wird der eiserne Wall am Rhein imstande sein, den Siegeszug des Sozialismus aufzuhalten, denn dieser hat seine festen Stützpunkte in den Arbeiterklassen der Ententeländer selbst. Die Furcht der französischen und englischen Gewalthaber vor der „rätlichen Anstehung“ ist genau so grotesk wie die Furcht der großen und kleinen Vetterlinge und der vorwärtlichen Bureaucraten vor den Ideen der französischen Revolution. Auch ihre Niederlage ist ebenso gewiß wie die der Hüter der Traditionen des Wiener Kongresses und der „Heiligen Allianz“.

Für die deutsche Arbeiterklasse sind die Rüstungen des Ententemilitarismus ein neuer Warnruf zu größerer Geschlossenheit und größerer Aktivität auf internationalem Gebiet. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es in ihrer überwiegenden Mehrheit ab, sich für nationalstimmige oder nationalsozialistische Experimente gegen die Entente mißbrauchen zu lassen und sie steht, in Erkenntnis der ungeheuren

Schwierigkeiten ihrer Lage, völlig ablehnend jener kommunistischen Katastrophentheorie gegenüber, die mit dem Gedanken spielt, das deutsche Proletariat in einen Krieg gegen die Entente hineinzutreiben. Aber andererseits erkennt sie, mindestens in ihren vorgeschrittensten Teilen, die ungeheure Gefahr, die das fortgesetzte Rästen des Ententemilitarismus für die gesamte europäische Lage bedeutet. Sie sieht voraus, daß dieses Rästen den deutschen Nationalismus und Militarismus verstärkt und neue blutige Auseinandersetzungen heraufbeschwört. Indem sie deshalb nach wie vor den Kampf gegen den eigenen Nationalismus und Militarismus als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, appelliert sie an die Wachsamkeit und Solidarität des Proletariats der Ententeländer, dessen Aufgabe es ist, auch seinerseits den entscheidendsten Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen. Wichtiger als der unfruchtbare und lähmende Streit um internationale Organisationsfragen erscheint uns die Aufgabe, die Massen des deutschen, französischen, englischen und belgischen Proletariats zur gemeinsamen Aktion gegen die neuen Gefahren zu vereinigen, die die Rüstungen des Ententemilitarismus in sich bergen.

Die Aufwendungen für die Besatzungstruppen

In einer der letzten Sitzungen des Reichstages gab der Reichschatzminister eine Darstellung der ungeheuren Belastung, die dem Reich durch den Unterhalt der Besatzungstruppen entsteht. Bei der Aufstellung des Etats 1920 hatte sich noch kein genaues Bild schaffeln lassen. Es war damals angenommen worden, daß bei einer Besatzungsmacht von 20 000 Mann, deren Unterhalt sich auf 1,02 Milliarden Mark belaufen würde, wozu noch die Ausgaben für die Requisitionen kommen sollten, der Gesamtbetrag sich auf 3 Milliarden Mark belaufen würde. Inzwischen ist die Summe weit überschritten worden. Gemane Mitteilungen über die Größe und die Kosten der Besatzungstruppen sind bisher nicht zu erlangen gewesen. Nach einem Bericht des französischen Abgeordneten Louchere, den dieser im Rahmen der Budgetkommission der französischen Kammer am 14. Juli erstattet hat, waren die Kosten der Besatzungstruppen bis zum 1. Mai 1920 auf 4 Milliarden Goldmark eingelaufen, was einem Betrage von 30 Milliarden Papiermark entspricht. Es würde sich danach also eine monatliche Ausgabe von 2,3 Milliarden, eine Jahresausgabe von 27,6 Milliarden Papiermark ergeben. Im Etat sind nur 15 Milliarden eingeplant worden in der Erwartung, daß die ganze Besatzungstruppe einer radikalen Änderung unterzogen würde. Der Reichstag verlangte hierauf über die Einzelheiten und Ursachen der hohen Besatzungskosten eingehenden Nachforschungen und verwies den Etat des Reichschatzministeriums an den Ausschuss zurück.

Der Kampf im Zeitungsgewerbe

Der Kampf im Zeitungsgewerbe nimmt einen Verlauf, der zunehmende Verschärfung erwarten läßt. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium haben sich, wie wir schon mitgeteilt haben, völlig zerlegt. Im Gegensatz zu einer Meldung, die eine letzte Korrespondenz verbreitet hat, nach der die Unternehmer sich außerstande erklärt haben sollen, eine Erhöhung in der verlangten Höhe zu bewilligen, muß jedoch festgestellt werden, daß die Unternehmer überhaupt jede Verhandlung über eine Erhöhung der Löhne resp. des Gehalts oder Lohnes abgelehnt haben.

Bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ stehen sämtliche Angestellte im Streik, während das übrige Personal im Betrieb ist, aber jede Streikarbeit ablehnt. Eine Aussperrung wurde trotzdem nicht vorgenommen. Die Direktion erklärte sich sogar bereit, den Schiedsspruch für die Angestellten anzunehmen und die 15 Prozent Lohnaufbesserung zu bewilligen. Damit wäre die erste Bewilligung ausgesprochen. Die Direktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mag es aber nicht, offen gegen den Terror ihrer Kollegen Front zu machen und der Zentralleitung offiziell Mitteilung von ihrer Reizung zur Bewilligung zu machen. Das technische Personal, dem die Direktion von ihrer Stellungnahme Mitteilung gemacht hat, — anscheinend damit es vermitteln soll — wartet die Beschlüsse der Zentralleitung ab. Es steht zunächst keinen Anlaß, die Direktion aus der Verlegenheit zu ziehen.

So stehen die Angestellten und Arbeiter der Zeitungsbetriebe aufrecht im Kampf. Und dieser Kampf darf nicht verloren gehen. Unbedingte Solidarität ist notwendig! Zunächst muß die Sicherstellung des Lebens der Streikenden und Aussperrten und ihrer Familien durchgeführt

werden. Das Beispiel der „Freiheit“-Angestellten muß Nachahmung finden.

Die Unternehmer wollen die Generalaussperrung

Am heutigen Vormittag haben große Versammlungen der Streikenden und Aussperrten stattgefunden, in denen die Streikleitungen den Bericht über den Verlauf der gestrigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium gaben. In einer überfüllten Versammlung der streikenden Zeitungsangestellten im großen Saal des „Deutschen Hofes“ berichtete Meyer. Die Mitteilung, daß die Unternehmervertreter bei den Verhandlungen erklärt haben, daß sie nach wie vor jede Verbesserung der Löhne ablehnen, jedoch bereit seien, auch mit der Harmonisierung „Bergleich“ einzugehen, den sie bereits mit den Harmonisierungsbänden abgeschlossen haben, löste große Heiterkeit und Empörung aus. Uns erscheint dieses Anerbieten der Zeitungsbesitzer als freche, zynische Herausforderung, die den Kampfeswillen der Angestellten und Arbeiter nur stärken muß. Lebhafte Beifall sollte die Versammlung der Mitteilung, daß das Personal der „Freiheit-Druckerei“ beschloßen hat, einen Teil seines Lohnes an die Streikenden und Aussperrten des Zeitungsgewerbes auszuführen. In allen Versammlungen gaben sich die versammelten Streikenden und Aussperrten das Gelübde, den Kampf nicht eher einzustellen, bis der Widerstand der Unternehmer gebrochen ist.

Bei den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium sich der Unternehmervertreter Dr. Sadow durchschießen, daß die Aussperrung sich erst auf das ganze Reich ausdehnen kann. Auch sollen sämtliche Arbeiter und Angestellte sämtlicher Buchdruckereien ausgesperrt werden, jedoch besteht darüber bei den Unternehmern noch keine Einigkeit.

Was hat die Preßkommission zu tun?

Von dem Genossen Hans Hallup erhalten wir unter obiger Überschrift folgende Zuschrift:

1. Sie hat die Beschlüsse der Generalversammlung der Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ zu beachten und auszuführen.
 2. Sie hat die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung Berlin-Brandenburg ebenfalls zu beachten und auszuführen.
- Den Ausführungen der Genossen Berner und Bed in der Wiederholung der Fassung des Antrages der Revisionskommission, gegenüber dem Aufsichtsrat und Preßkommission, schreibe ich mich voll und ganz als Revisionskommissions-Mitglied an.

Hans Hallup.

Die Revisionskommission bestand aus sieben Mitgliedern. Von ihnen stimmen sechs darin überein, daß der Beschluß der Generalversammlung der Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ die Entscheidung über Anstellung und Entlassung von Redakteuren der gemeinsamen Entscheidung von Preßkommission, Vorstand und Aufsichtsrat zugewiesen hat. Genosse Stoltz steht also mit seiner Auslegung des Beschlusses völlig allein.

England ist nicht befriedigt

London, 8. Oktober.

„Times“ erzählt: Die russische Antwort auf Curzons Note ist in einigen Punkten durchaus unbefriedigend. Wahrscheinlich wird Curzon eine weitere Note abgeben. Die Sowjetregierung hat der Heimendung der noch in Rußland befindlichen englischen Gefangenen zugestimmt. Bezüglich der Gefangenen in Sibirien schlägt sie vor, die englische Regierung möge einen Vertreter zu Unterhandlungen nach Tiflis entsenden. Die bestimmten Forderungen, die bezüglich der asiatischen Frage und der Propaganda aufgestellt wurden, sind nicht in befriedigender Weise beantwortet worden.

Sonderbarer Frieden

Wien, 8. Oktober.

Am 7. Oktober, abends, ist der Friedensvertrag zwischen der litauischen und der polnischen Regierung endgültig unterzeichnet worden.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages fahren die Polen fort, die litauischen Stellungen anzugreifen und die litauischen Truppen mit Artillerie zu beschlehen. Gegen diese Verletzung der Bestimmungen des Völkerbundes wird schärfster Protest von der ganzen Welt erhoben.

Das neue Jahrhundert

Der Graf von Solms (1757-1830) war französischer Sprachlehrer und Geschichtsschreiber, unter anderem Reisen nach Afrika und Amerika, war 1785 Mitglied der Nationalversammlung, sprach und schrieb für die soziale Demokratie des 18. Jahrhunderts, in der Philosophie des Aufklärungswortes wurde er als „Kontextualist“ angesehen, überlebte als Adelsherr, ging unter Napoleon Bonapartes Herrschaft zum linken Flügel der republikanischen Revolution, machte jedoch mit den Bourbonen seinen Frieden. 1791 schrieb er als gläubiger Christ ein kleines Buch über die „Republik der Nationen“ oder „Republik der Völker“, deren Fortschritt über die 1792. Die bringen heute daraus folgenden Satz:

Am der ähnersten Grenze des Mittelmeeres gewahrte ich eine erstaunliche Bewegung, so wie man im Schoße einer großen Stadt, wenn plötzlich ein Aufbruch von allen Seiten ausbricht, ein unzählbares Volk durcheinander wühlen und sich stromweise in den Straßen und öffentlichen Orten ausbreiten sieht. Mein Ohr, von einem bis zum Himmel aufsteigenden Geschrei betroffen, unterschied in Zwischenräumen folgende Aussprüche:

Wir machen eine zahlreiche Nation aus, und es fehlt uns an Händen! Wir besitzen einen vortrefflichen Erdboden, und es mangelt uns an Lebensmitteln! Wir sind tätig, arbeitsam und leben in Dürftigkeit! Wir bezahlen unermesslichen Tribut, und man sagt uns, daß es nicht hässlich! Wir haben außer Frieden, und unsere Personen und Güter sind innen nicht in Sicherheit! Wer ist denn der verborgene Feind, der uns verflucht?

Und Stimmen antworteten: Wozu eine hohe Fahne auf, um welche sich diejenigen verklammern sollen, die durch nützliche Arbeiten die Gesellschaft unterhalten und ernähren; dann werdet ihr den Feind, der euch verzehrt, kennen lernen.

Die Fahne wurde aufgespannt, und plötzlich fand sich die Nation in zwei ungleiche und von einander abhebbende Haufen geteilt. Der eine, der unübersehbar betraute das Ganze ansmachte, verzerrt durch armselige Kleidung und magere, abgezehnte Gesichter, die man allgemein sah, die Zeichen des Elends und der Arbeit; bei dem andern, einer kleinen leichtgekleideten Gruppe, vertiert der Reichtum der mit Gold und Silber besetzten Kleider, und die Kunde und Fülle der Gesichter, die Merkmale der Ruhe und des Wohlstandes. Indem ich diese Menschen aufmerksam betrachtete, erkannte ich, daß der große Haufen aus Bauern, Handwerker, Kaufleuten, aus allen der Gesellschaft nützlichen Ständen bestand, und daß in der kleinen Gruppe sich nur Priester und Könige, Bankiers, Ritter, Hofbediente, Offiziere und Regierungsbeamte befanden.

Säße Haufen, gegeneinander gestellt, betrachteten sich mit Erstaunen: Bei dem einen sah ich Jörn und Unwillen, bei dem andern eine Art von Schrecken aufsteigen, und der große Haufen

fragte zu dem Kleinen: Warum habt ihr euch von uns getrennt? Gehört ihr nicht zu uns?

Nein, antwortete die Gruppe, ihr seid das Volk, wir sind die Bornehmen, die eigene Geleze, eigene Gebrauche und ihre besonderen Rechte haben.

Das Volk: Und was für Arbeit verrichtet ihr in unserer Gesellschaft?

Die Bornehmen: Keine, wir sind nicht gemacht, um zu arbeiten.

Das Volk: Wie habt ihr euch denn so große Reichtümer erworben?

Die Bornehmen: Indem wir uns die Mühe nehmen, euch zu regieren.

Das Volk: Wie, das nennt ihr regieren? Wir arbeiten, und ihr genießt, wir bringen hervor, und ihr verschwendet. Die Reichtümer kommen von uns, und ihr verschlingt sie. Bornehme Menschen! Klasse, die nicht das Volk ist, bildet eine Nation für euch selbst, und regiert euch selbst.

Die kleine Gruppe ging nunmehr über diesen neuen Fall zu Rate. Einige sagten: Wir müssen uns wieder mit dem Volke vereinigen und seine Launen und Beschäftigungen teilen, denn sie sind Menschen wie wir. Andere sagten: Es wäre Schande und Niedertracht, uns mit dem Vödel zu vereinigen: er ist da, um uns zu dienen; wir sind Menschen von anderer Art.

Die bürgerlichen Regierungen sagten: Dies Volk ist sanft und von Natur freundlich; man muß vom Könige und vom Gesetz mit ihm reden, und es wird zu seiner Pflicht zurückkehren. — Volk, der König will, das Gesetz befehlen!

Das Volk: Der König wie das Gesetz kann nur das Beste des Volkes wollen.

Die Zivilbeamten: Das Gesetz will, daß ihr unterworfen seid.

Das Volk: Das Gesetz ist der allgemeine Wille, und wir wollen eine neue Ordnung.

Die Zivilbeamten: So wäret ihr ein rebellisches Volk.

Das Volk: Die Nationen empören sich nicht; es gibt nur rebellische Tyrannen.

Die Obersten des Militärs traten hervor und sagten: Das Volk ist fürchtbar, man muß ihm drohen; es gehört der Gewalt. — Soldaten, schüchtet diesen strecken Haufen!

Das Volk: Soldaten, ihr seid unser Blut! Könntet ihr eure Schwerter schlagen? Wenn das Volk ankömmt, wer soll dann die Arme ernähren?

Und die Soldaten legten die Waffen nieder und sagten zu ihren Offizieren: Wir gehören auch zum Volk; zeigt uns den Feind!

Rummehr sprachen die Obersten der Geistlichkeit: Es gibt nur ein Mittel: das Volk ist abergläubisch; man muß es mit dem Namen Gottes und der Religion schrecken.

Liebe Brüder! Liebe Kinder! Gott hat uns eingesetzt, um euch zu regieren!

Das Volk: Zeigt uns eure himmlische Vollmacht!

Die Priester: Hier wird Glauben gefordert, die Vernunft führt irre.

Das Volk: Regiert ihr, ohne die Vernunft zu gebrauchen?

Die Priester: Gott gebietet Frieden. Die Religion schreibt Gehorsam vor.

Das Volk: Friede setzt Gerechtigkeit voraus; der Gehorsam will das Gesetz kennen.

Die Priester: Die Menschen sind auf Erden, um zu leiden.

Das Volk: Geht uns mit Beispiel voraus.

Die Priester: Könnt ihr ohne Götter und ohne Könige leben?

Das Volk: Wir wollen ohne Tyrannen leben.

Die Priester: Ihr bedürft Mittler, Mittelspersonen.

Das Volk: Mittler bei Gott und den Königen. Höfliche und Priester! Eure Dienste sind zu kostbar; wir werden in Zukunft unsere Sachen selbst betreiben.

Bei diesen Worten rief die kleine Gruppe: Wir sind verloren; der große Haufen ist aufgeklärt.

Und das Volk antwortete: Ihr seid gereitet, denn weil wir aufgeklärt sind, werden wir unsere Stärke nicht mißbrauchen. Wir verlangen nur unsere Rechte. Wir sind gereizt worden — wir wollen es vergessen; wir waren Sklaven — wir könnten befehlen; wir wollen nur frei sein: wir sind es!

Alle öffentlichen Gewalt war nunmehr aufgehoben. Das Volk wählte aus seiner Mitte einen zahlreichen Haufen von Männern, die es für seine Absichten geschickt glaubte: Erleichtert ein neues System der Regierung, die Grundzüge, die uns bisher leiteten, sind fehlerhaft. Alles ist durch Gewalt, Betrug, Verführung geschehen. Entwickelt die wahren Grundzüge der Moral und der Vernunft aus dem Chaos. Erinneret euch, daß ihr uneresgleichen seid, daß die Macht, die wir euch übertragen, uns gehört, daß ihr den Gesetzen unterworfen seid, morgen wieder zu uns herabsteigt.

Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit sollen für immer unser Gelezbuch und unser Ziel sein.

Und das Volk errichtete auf der Stelle eine unermessliche Fahne, mit diesen drei Worten beschriftet. Es pflanzte sie auf und zum ersten Male wehte die Fahne der allgemeinen Gerechtigkeit auf der Erde.

Der Terrorismus — eine Gefahr für die Revolution

Die Befürworter der Moskauer Methoden bleiben auch darin ihrer Verführungskraft treu, daß sie unsern Widerspruch gegen den Terrorismus als eine Ablehnung der Gewaltanwendung an sich unzufänglich suchen. Die ganze Geschichte unserer Partei legt Zeugnis ab von der Unwahrscheinlichkeit dieses Verfahrens. Von der Kriegszeit an hat die U. S. P. D. in allen revolutionären Betätigungen in Deutschland die Führung gehabt und reaktionäre Gewalt stets mit Gewalt niederzuringen gesucht.

Terrorismus ist etwas anderes als Gewaltanwendung. Terrorismus ist Schreckensherrschaft. Sie kommt hinaus auf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, auf die Verübung von Grausamkeiten aller Art, um durch solche Sanktionsmittel die Gegner von der Betätigung ihrer Überzeugung abzuführen. Terrorismus war von je das Herrschaftsmittel reaktionärer Mächte. Das Proletariat hat als unterdrückte Klasse dieses menschenunwürdige Verfahren stets grundsätzlich bekämpft. Es würde durch Nachahmung seiner Gegner auf deren niedriges sittliches und geistiges Niveau herabsinken und damit seine eigene Zukunft vernichten.

Reiz hat aber bereits der Verfall der Parteimoral unter dem Einfluß der moskowitzischen Lehren erscheidende Fortschritte gemacht. In überraschend kurzer Zeit ist die Lehre, daß man auch gegen Parteigenossen Terrorismus anwenden müsse, in die Praxis umgesetzt worden.

In Württemberg hat die kommunistisch beeinflusste Mehrheit der Landesversammlung das Parteirecht durchbrochen, indem sie, ohne daß die Parteimassen dazu hatten Stellung nehmen können, die Absetzung des Landesvorstandes und die Einsetzung eines neuen erzwang.

In Hannover hat die kommunistisch beeinflusste Parteimehrheit kurzer Hand, gleichfalls wider alles Parteirecht, 20 bewährte Parteigenossen aus der Partei hinausgeworfen, weil sie eine Sonderbesprechung abgehalten, also etwas getan haben, was die ihre Ausstoßung bemerkenswerte Richtung seit Jahren überall praktiziert, ohne daß ihr deshalb ein Haar gekrümmt wurde.

Ganz besonders häßliche Blüten treibt der Terrorismus gegen Parteigenossen in Berlin. Man scheut nicht vor Plänen zur Ermordung undenkbarer Parteigenossen zurück. Als Genosse Ledebour die Norddrohung veröffentlicht hatte, die ihm von einem in der Partei organisierten Terroristen zugegangen war, hatte dieser und seine Mitverschworenen durch eine sonderbare „Erklärung“ den Sinn des Briefes umzudeuten versucht. Sie konnten indes nicht aus der Welt schaffen, daß die durchaus wahrheitsgemäß abgedruckte Briefstelle auf die Androhung der Ermordung von Ledebour und anderen Genossen wegen angeblicher „Bremsung“ hinauskommt. Jetzt sind indes noch Tatsachen an das Tageslicht gekommen, die dieses ganze terroristische Treiben in einem noch weit härteren Licht erscheinen lassen.

Wie uns von durchaus zuverlässigen Parteigenossen mitgeteilt wird, hat der terroristische Briefschreiber, als er wegen seines Auftretens zur Rede gestellt wurde, sinngemäß folgendes erklärt:

„Innerhalb unserer Parteiorganisation ist eine besondere Unterorganisation zur Beseitigung gewisser der Revolution im Wege stehender Personen gebildet worden. Diese Geheimorganisation ist in mehrere Zellen eingeteilt. Ich selbst gehöre der ersten Zelle an und habe den Auftrag, insbesondere Ledebour für immer unschädlich zu machen. Meine Parteigenossen haben mir diesen Auftrag mit der Begründung erteilt, daß man mich gerichtlich doch nicht zur vollen Verantwortung ziehen könne, da ich auf Grund einer früheren Krankheit geistig nicht ganz intakt sei. Diesen Auftrag habe ich angenommen. Als mir hinterher doch einige Bedenken aufstiegen, stellte ich dessen Ausführung zunächst zurück und begab mich außerhalb Berlins. In meiner neuen Wohnung wurde ich wiederholt von meinen Auftraggebern aufgesucht und gedrängt, nun endlich an die Ausführung des beschlossenen Planes zu scheitern. Um mich diesem Drängen zu entziehen, bleibe ich nichts anderes übrig, als Berlin ganz zu verlassen.“

Ans diesen Darlegungen geht hervor, daß die Mörderzentrale, die sich da in unserer Partei organisiert hat, genau unter der nämlichen Methode arbeitet, die bei der Ermordung Haases zur Anwendung gebracht wurde. Haase wurde bekanntlich von einem gewissen Hof erschossen, dem nachher der Nachweis, daß er geistig nicht normal sei, vor Gericht zugute kam. Nach diesem Vorbild haben die Terroristen sich gerichtet, als sie, um die Ermordung Ledebours gefahrlos bewerkstelligen zu können, sich nach einem durch ärztliches Attest gegen Verurteilung immunisierten Werkzeug umsehen. Ein Syphilitiker mit Gehirnerschütterung erschien ihnen da die geeignete Kraft.

Daß überhaupt solche grauenhafte Dinge sich im deutschen Proletariat vorbereiten können, ist den beharrlichen Verleumdungen zuzuschreiben, mit denen die „Rote Fahne“ und andere kommunistische Publikationen seit Anfang 1919 gegen führende Parteigenossen der U. S. P. arbeiten.

Die Parteigenossen aber, die sich noch Menschlichkeit und parteigenössliches Solidaritätsgefühl bewahrt haben, müssen sich doch die Frage vorlegen, ob es nicht die höchste Zeit ist, dieser Zerrüttung unseres Parteilebens Einhalt zu gebieten. Denn weit über das Schicksal einzelner Personen hinaus läßt dieses Treiben die proletarische Emanzipationsbewegung und gefährdet die Revolution.

Die „erfreuliche“ Spaltung in Frankreich

Das Komitee zum „Wiederaufbau der Internationale“ hat eine wichtige Sitzung abgehalten, der auch Genosse Simon, Vorsitzender der Internationale der Schuh- und Lederarbeiter, lebhaft beigewohnt. Die meisten Mitglieder des Komitees waren anwesend und nahmen zur Frage der 3. Internationalen Stellung. Nach einer sehr lebhaften Debatte kamen zwei Resolutionen zur Abstimmung, die eine gezeichnet von Paul Faure, Jean Longuet und Parvy, die andere von den Genossen Paul Louis, D. Renoult, Tomasi. Die Resolution Paul Faure wurde mit 28 gegen 14 Stimmen der Resolution Paul Louis angenommen.

Es wurde hierauf eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen: Longuet, Pressemane, Manier, Lerch, Paul Faure, Mistral usw.; zur Ausarbeitung einer Resolution auf der Basis des Vorschlages Paul Faure.

Genosse Daniel Renoult erklärte hierauf im Namen der Gruppe der Minderheit seinen Austritt aus dem Komitee des Wiederaufbaues der Internationale, den er in folgendem, an den Sekretär Paul Faure gerichteten Schreiben begründete:

„Werter Genosse Paul Faure! Die Meinungsverschiedenheit, die sich zwischen uns und der Fraktion, die Sie vertreten, in der letzten Sitzung des Komitees für den Wiederaufbau gezeigt hat,

verpflichtet uns, Ihnen unsere Demission als Mitglieder dieses Komitees zu überreichen.

Von dem Wunsche beseelt, nichts zu verabsäumen, um die Einigkeit aller aufrichtigen Sozialisten herzustellen, aber überzeugt davon, daß der nächste Kongress den Ausschluß an die Dritte Internationale beschließen muß, halten wir es für ausgeschlossen, Ihre Bemühungen mit den unserigen zu vereinen.

Eine beratige Verschiedenheit der Haltung schließt jede fruchtbare Zusammenarbeit aus.

Wir machen jeden Vorbehalt wegen des Wertes einer Entscheidung, angenommen in einer Sitzung, an der bekannte Parteigenossen teilnahmen, die keine Mitglieder des Komitees sind und die trotzdem mitgestimmt haben.

Es bleibt Ihnen überlassen, zu entscheiden, ob Sie nach einer solchen Abstimmung und nach dem Rücktritt von gründenden Mitgliedern des Komitees noch das Recht haben, im Namen des Komitees zu sprechen.

Nicht ohne lebhaftes Bedauern trennen wir uns von den Genossen, mit denen wir lange Jahre gemeinsam gekämpft haben.

Mit sozialisten Grüßen

Daniel Renoult, J. Leicigne, Paul Louis, Tomasi, D. Demois, Guesnot.

So äußern sich also auch in der französischen sozialistischen Partei die Stimmen der Spaltung. Und das nur wegen der Bedingungen der dritten Internationale. Wahrlich, die Moskauer Inspiratoren verstehen ihr Werk meisterhaft. „Proletariat aller Länder, spaltet Euch!“ Ist ihr Grundfah, der in unabwendbarer Konsequenz seine Wirkungen zeitigt.

Dr. Levi und die Bedingungen

Wir erhalten vom Genossen A. Riebeling folgende Zuschrift: In Nr. 422 der „Freiheit“ bezeichnet Paul Levi die Behauptung des Genossen K. Kürbs im halleischen „Volksblatt“, wonach Levi in einer Berliner A. P. D.-Versammlung über die Bedingungen gelaßt haben soll, „Ihr würdet so ausgeführt, wie sie (die Kommunisten) dieselben auffassen, sie würden noch viel schwerer werden usw.“, als erlogen.

Ob diese Äußerungen Paul Levi in einer Berliner Versammlung gemacht worden sind, weiß ich nicht. Jedoch kann ich aus meinen persönlichen Erfahrungen sagen, daß Paul Levi sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. In zwei Versammlungen, in Essen im Saalbau am 28. September und in der Düsselbacher Tonhalle am 30. September, hat Levi sich in demselben Sinne geäußert. Er zog eine Parallele zwischen Cohn und Dittmann und fuhr dann wörtlich fort:

„Nun frage ich Euch, ob die Bedingungen zu hart sind. Nein — sie sind nicht zu hart. Wir werden Ihre ganze Schürze und weitere Sicherungsmassnahmen in Anwendung bringen müssen, um das internationale Proletariat vor demartigen Verrat zu schützen.“

Ich persönlich habe — besonders in Düsseldorf — Paul Levi deshalb in einer ausgiebigen Diskussion zur Rede gestellt — in Essen schnitt man esch bittatorisch eine gründliche Ausprache ab — und er hat diesen Standpunkt noch im Schlusswort weiter verteidigt.

Freilich: wenn Levi in Essen nicht einmal Rückarat genug besaß, einem Kommunisten entgegenzutreten, dessen Radikalmittel aus „Halbeil und Strich vom Tage der Aktion ab“ besteht, so ist sein Standpunkt in der obigen Frage kaum zu verwundern.

Die Urwahlen im Reiche

Ostpreußen

Wie die „Erbinger Volksstimme“ mitteilt, sind im Bezirk Königsberg 5 Anhänger und 3 Gegner der Bedingungen gewählt. Im Bezirk Tilsit ist die Wahl von 3 Gegnern und keinem Anhänger wahrscheinlich. Für Allenstein ist das Ergebnis noch nicht bekannt.

Unterbezirk Mittelpommern

Nach den bisher festgestellten Resultaten wurden im Bezirk Mittelpommern 422 Stimmen für die Bedingungen und 102 Stimmen gegen die Bedingungen abgegeben. Einige kleinere Organisationen stehen noch aus, das dürfte aber an dem Resultat nichts mehr ändern.

Halle

Auf die Liste Roenen sind entfallen 7139 Stimmen (11 Mandate), auf Liste Kauerz 1513 Stimmen (2 Mandate).

Eisleben

Es sind abgegeben 264 Stimmen für und 223 Stimmen gegen die Bedingungen. Die Befürworter erhalten alle 7 Mandate.

Naumburg-Teich-Weißensels

Das Ergebnis der Urwahl ist folgendes: Naumburg 40 Kauerz (gegen), 381 Dümmler (für); Weißensels 100 K., 747 D.; Teich 498 K., 408 D.; Köthen 16 K., 129 D.; Teuchern 73 K., 83 D.; Hahnen 52 K., 141 D.; Puckanau-Ströden 186 K., 60 D.; Teicheln 105 K., 180 D.; Tuc 181 K., 115 D.; Zippendorf 216 K., 26 D.; Wählig 299 K., 31 D.; Duxen 185 K., 24 D.; Stoffen 124 K., 62 D.; Kayna 183 K., 7 D.; Kasberg 81 K., 34 D.

Das Gesamtergebnis ist also bisher Kauerz 4285, Dümmler 3129. Es entfallen vorläufig 4 Mandate gegen und 3 dafür.

Oberfranken

Die Urwahl in Hof ergab bei starker Wahlbeteiligung 558 Stimmen gegen und 120 Stimmen für die Moskauer Bedingungen. 4 Stimmen waren ungültig.

Aus dem Kreis Regensburg ist nach folgende Ergebnisse vor: Donndorf: 29 gegen; Weidhof: 1 für, 12 gegen; Büchberg: 26 für, 21 gegen; Seib: 63 für, 168 gegen; Zehnwitz: 24 gegen; Helmbracht: 16 für, 121 gegen; Neuhau: 12 für, 75 gegen; Oberhofen: 1 für, 40 gegen.

Ständiges Gesamtergebnis: 848 gegen und 233 für.

Ein Justizverbrechen

2 1/2 Jahre unschuldig im Zuchthaus

Vom Arbeitersekretariat Bremerhaven wird uns geschrieben: Ein gewisser Alfred G. . . wurde vor Ausbruch der Revolution unter Anklage gestellt, in Poßland und anderen Ländern Landesverrat getrieben zu haben. Die Anklage ist durchaus nicht schlüssig bemerkt, aber der Mann wurde am 10. April 1919, also nach Ausbruch der Revolution vom Reichsgericht zu Leipzig wegen Landesverrats zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auf die existierende Untersuchungsfrist von 1 1/2 Jahren sind ihm 1 Jahr angerechnet worden. Da er am 19. September 1920 aus dem Zuchthaus entlassen wurde, hatte er also zitta 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus verbüßt.

Nun wird erinnert sein, daß der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 einen Austritt an das deutsche Volk erteilte, wonach unter Punkt 6 für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt wird und wonach die wegen solcher Straftaten angehängten Strafen niedergeschlagen werden sollen. Danach hätte also das Verfahren gegen den Vorgenannten unbedingt eingestellt werden müssen. Nichts von alledem geschah. Der Oberstaatsanwalt Zweigert schrieb sogar unterm 31. Mai 1919 dem Vater des Verurteilten auf eine Anfrage um Überlegung einer Abschrift des reichsgerichtlichen Urteils, daß er das nicht könne, weil es sich um eine geheime politische Strafsache handele. G. wurde also verurteilt und bis zum 19. September 1919 im Zuchthaus zu Sonnenburg in der Neuzeit festgehalten. Weder das Reichsgericht noch der Oberstaatsanwalt kümmerten sich um den Austritt des Rats der Volksbeauftragten. Wahrscheinlich rechneten sie damit, daß die

Herlichkeit der Republik bald wieder beendet sein und das wilhelminische Zeitalter in neuem Glanze auferstehen würde. Inzwischen wurden aber die Anordnungen des Rats der Volksbeauftragten vom Reichsgericht bekräftigt, sodaß man meinen sollte, auch der Strafnat, der über die Hoch- und Landesverratslochen zu entscheiden hat, wäre davon unberührt worden. Leider hat sich der Skandal darum nicht gekümmert, sondern ruhig den betr. G. verurteilt und ihn ins Zuchthaus geschickt und bis zum 19. September 1920, darin gelassen.

Das Arbeitersekretariat Bremerhaven hat nun in Eingaben an den Reichspräsidenten, den Reichsjustizminister und die beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf die obengenannten Tatsachen hingewiesen und die Freilassung erzielt. Nach der Angabe des G. sollen noch eine ganze Anzahl Leute durch die — milde Ausdrückt — Vergeltlichkeit des Reichsgerichts und des Oberstaatsanwalts irgendwo im Zuchthaus sitzen. Es ist selbstverständlich, daß der Freigelassene dadurch unschuldig im Zuchthaus gelassen hat und daß nicht nur an zukünftiger Stelle — dem Reichsjustizminister — auf die Eigenart dieser Justiz hingewiesen werden wird, sondern es sind auch entsprechende Entzäge gestellt worden, den Geopfertigen zu entschädigen und den Strafvermerk im Strafregister zu tilgen, damit ihm sein Fortkommen nicht erschwert wird. Da wohl den Richtern und dem Herrn Zweigert ein Haar gekrümmt werden wird?

Das Arbeitersekretariat Bremerhaven ruft nun die Arbeiterpresse auf, um auch für die noch im Zuchthaus Sitzenden nach Revision einzutreten und den höchsten Instanzen das Gewissen zu schärfen für diese „Vergessenen“.

Die Pachtzinsordnung

Uns wird geschrieben: Der in der Donnerstag-Nummer, unter dem Titel „Staatslich erlaubter Wucher“, abgedruckte Artikel des Genossen Josef Graf enthält einen grundlegenden Irrtum: Die vom Genossen Graf mit vollem Recht angegriffene Pachtzinsordnung ist nicht die Arbeit der preussischen Regierung und der Landesversammlung, sondern das Werk der jetzigen Reichsregierung. Es ist ein Reichs-, kein Landesgesetz. Die preussische Regierung, und vor allem der Landwirtschaftsminister Otto Braun, hat sich mit aller Energie dagegen gewehrt, daß diese Ordnung aus dem ursprünglich geplanten Pächter- in einen Verpächter-Schutz gewandelt wurde.

Die heutigen Pächter im Reiche tragen also allein die Schuld an der so unbefriedigenden Lösung. Besonders bedauerlich ist es, daß auch die im Gesetz vorgesehenen Schiedsgerichte sämtlich eine die Interessen der Pächter währende Wirksamkeit erhalten können. Denn zu Vorsitzenden dieser Schiedsgerichte dürfen nur Männer mit der Befähigung zum Richteramt, also in der Hauptsache die Amtsrichter der betreffenden Bezirke, berufen werden, während es wesentlich zweckmäßiger wäre, wenn statt der Amtsrichter Männer des praktischen Lebens dieses wichtige Amt erhalten würden.

Die Lohnfrage der Bergarbeiter

Bei den Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium in der Bergarbeiterlohnfrage gepflogen worden sind, wurde auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer den bereits für September zu zahlenden 450 M. Sonderzuschlag pro Schicht eine weitere Lohnerhöhung ohne Preis-erhöhung und ohne Verminderung der Materialkosten nicht auf sich nehmen könne. Das Reichskabinett hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen; es müsse auf der ganzen Linie auf einen Abbau der Preise hingewirkt werden. Die Verhandlungen wurden schließlich bis zum 18. Oktober vertagt.

Die Vertagung der Verhandlungen auf den 18. Oktober entspricht nicht dem Wunsch der Bergarbeiterorganisationen zur sofortigen Regelung der Lohnfrage. Man wird sich schon dazu verstehen müssen, etwas schneller die Dinge zu verhandeln, will man nicht die Erregung der Bergarbeiter aufs höchste steigern.

Die russische Hungersnot

DC. Helsingfors, 8. Oktober.

In einem Telegramm erzählt Lenin den Befehl an alle Verpflegungsorgane, die Bauern über ihre Pflicht aufzuklären, das Getreide an die Eisenbahnstationen heranzuschaffen, anderenfalls wäre es unmöglich, die vorhandenen Getreidevorräte in die Zentren zu transportieren. In Petersburg gelangt schon seit mehreren Tagen kein Brot zur Verteilung. In einer diesbezüglichen amtlichen Erklärung heißt es, daß diese Unterbrechung in der Broiterteilung auf die Verzögerung der Kornanfuhr zurückzuführen ist. Bei denjenigen, die sich der Ablieferungspflicht entziehen, sollen die Getreidevorräte requiriert werden. Die Gemeindegewalt sollen für jede Verzögerung bei der Getreidebeschaffung zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Die Bauern, die ihre Korn an die reisenden Zwischenhändler („Weschelschniki“) verkauft haben, müssen also Strafe dem Staat sowie Getreide über die festgesetzte Norm abliefern, wieweil sie zur Seite verkauft haben.

Andererseits sind auch die Bauern selbst in weiten Gebieten in schwerer Not. Die Sowjetregierung hat beschlossen, den Bauern in den von Mähernten heimgekehrten Gegenden von Staats wegen Ernährungsbeihilfe zu gewähren. Die einzelnen Maßnahmen sollen noch beraten werden; vorläufig sind Massenverpflegungen der Bauernbevölkerung, Kinderverpflegungen u. dgl. ins Auge gefaßt. Auch sollen organisatorisch-politische Maßnahmen für die Ermittlung der wirklich hilfsbedürftigen Ortschaften angefaßt werden, und die Hilfeleistung an sie soll von der vollen Erfüllung der Ablieferungspflicht seitens der Ortschaften mit besetzten Ernteergebnissen abhängig gemacht werden.

Judenpogrome in Budapest

DA. Wien, 8. Oktober.

Heute hier eingetroffene Meldungen aus Budapest berichten von einem großen Pogrom, der sich in der ungarischen Hauptstadt abgespielt haben soll. Der Pogrom ging von einer Versammlung des von Stefan Friedrich gegründeten Vereins „Das erhabte Ungarn“ aus. Die Versammlung war verboten, wurde aber dennoch abgehalten. Nach der Versammlung zogen die Anhänger Friedrichs durch die Leopoldstadt und überfielen zahlreiche Passanten. Es sollen mehr als 100 Personen schwer verletzt worden sein. Morgens am Abend kam es im „Café Club“ neuerdings zu antilemischen Ausschreitungen. In den Abendstunden drangen etwa 50 Personen in das genannte Café ein und mißhandelten die anwesenden Juden und zerstörten das Kaffeehaus. Es gelang der Polizei, die Täter festzunehmen. Die Schlägertruppen wurden von denselben Leuten veranlaßt, die an dem vor zwei Monaten in demselben Kaffee verübten Mord beteiligt waren.

Der Kampf um den Achtstundentag

Brüssel, 8. Oktober.

Die „Peuple“ mitteilt, hat das nationale Komitee der belgischen Gewerkschaften sich gestern mit der Frage des Achtstundentages befaßt und Stellung genommen zu dem Standpunkt, den die Senatskommission in dieser Frage einnimmt. In einer Resolution verlangte das Komitee der Gewerkschaften die bedingungslose Annahme des Achtstundentages, widrigenfalls zum allgemeinen Ausstand geschritten werde.

